

INHALTSVERZEICHNIS

1. Teil: Einwendungen, Einreden	1
1. Abschnitt: Erfüllung, Leistung an Erfüllungs statt und erfüllungshalber	1
A. Erfüllung	1
I. Realer Tilgungsakt	1
II. Bedeutung der Tilgungsbestimmung bei der Erfüllung	3
Fall 1: Moneten an Minderjährigen	4
III. Erfüllung bei Forderungsmehrheit	5
IV. Schuldbefreiende Leistung an einen Dritten oder durch einen Dritten	6
V. Verpflichtungen des Gläubigers	7
VI. Zahlungen unter Vorbehalt	7
B. Leistung an Erfüllungs statt und erfüllungshalber	7
I. Leistung an Erfüllungs statt	7
Fall 2: Inzahlunggabe eines Gebrauchtwagens	8
II. Leistung erfüllungshalber	10
■ Zusammenfassende Übersicht: Erfüllung	11
2. Abschnitt: Hinterlegung und Selbsthilfeverkauf	12
A. Hinterlegung, §§ 372 ff.	12
I. Voraussetzungen	12
II. Wirkungen	12
B. Selbsthilfeverkauf	13
3. Abschnitt: Aufrechnung, Aufrechnungsvertrag, Anrechnung	13
A. Aufrechnung	13
I. Aufrechnungslage	14
1. Gegenseitigkeit der Forderungen	14
2. Gleichartigkeit der Forderungen	15
3. Erfüllbarkeit der Hauptforderung	15
4. Durchsetzbarkeit der Gegenforderung	16
II. Aufrechnungserklärung	16
III. Kein Ausschluss der Aufrechnung	16
1. Ausschluss kraft Gesetzes	17
2. Ausschluss kraft Vereinbarung	18
IV. Wirkungen der Aufrechnung	18
1. Erlöschen der Forderungen mit Rückwirkung	18
2. Aufrechnung und Rechtskraft	19
B. Aufrechnungsvertrag	19
C. Anrechnung	19
■ Zusammenfassende Übersicht: Aufrechnung, §§ 387 ff.	20
4. Abschnitt: Erlassvertrag und negatives Schuldanerkenntnis	21
A. Erlassvertrag	21
B. Negatives Schuldanerkenntnis	21

5. Abschnitt: Rücktritt vom Vertrag	22
A. Voraussetzungen des Rücktritts	23
I. Rücktrittsrecht	23
1. Vertragliches Rücktrittsrecht	23
2. Gesetzliches Rücktrittsrecht	23
a) Rücktrittsrecht, § 323	24
aa) Verletzung einer Leistungspflicht i.S.d. § 323 Abs. 1	24
bb) Erfolgreicher Ablauf einer angemessenen Frist	25
cc) Entbehrlichkeit der Fristsetzung	26
dd) Kein Ausschluss des Rücktritts	27
b) Rücktrittsrecht, § 324	27
c) Rücktrittsrecht, § 326 Abs. 5	27
d) Rücktrittsrecht, § 313 Abs. 3 S. 1	28
II. Unwirksamkeit des Rücktritts und Erlöschen des Rücktrittsrechts	28
1. Unwirksamkeit gemäß § 218 Abs. 1 (Quasiverjährung)	28
2. Rücktritt gegen Reuegeld	28
3. Aufrechnung nach Nichterfüllung	28
4. Erlöschen des Rücktrittsrechts nach Fristsetzung	28
III. Rücktrittserklärung	29
B. Rechtsfolgen des Rücktritts	29
I. Rückgewähr empfangener Leistungen	29
1. Rückabwicklungskosten	29
2. Erfüllungsort	29
3. Rücknahmeanspruch	30
II. Wertersatzanspruch nach § 346 Abs. 2	30
1. Wertersatz nach § 346 Abs. 2 S. 1 Nr. 1	30
2. Wertersatz nach § 346 Abs. 2 S. 1 Nr. 2	31
3. Wertersatz nach § 346 Abs. 2 S. 1 Nr. 3	31
4. Berechnung des Wertes	32
III. Ausschluss der Wertersatzpflicht	32
1. Ausschluss nach § 346 Abs. 3 S. 1 Nr. 1	32
2. Ausschluss nach § 346 Abs. 3 S. 1 Nr. 2	32
3. Ausschlussgrund des § 346 Abs. 3 S. 1 Nr. 3	33
Fall 3: Sonntagsausflug mit Schaden	34
IV. Schadensersatzansprüche	35
1. Untergang oder Verschlechterung nach Rücktrittserklärung	35
2. Untergang oder Verschlechterung vor Rücktrittserklärung	36
a) Untergang oder Verschlechterung bei einem vertraglichen Rücktrittsrecht	36
b) Untergang oder Verschlechterung bei einem gesetzlichen Rücktrittsrecht	36
V. Nutzungsersatzansprüche	37
VI. Verwendungsersatzansprüche	37
VII. Herausgabe des Surrogats	38
C. Verjährung	38
■ Zusammenfassende Übersicht: Rücktritt	39

6. Abschnitt: Kündigung von Dauerschuldverhältnissen 41

 A. Kündigungsgrund 41

 I. Keine vorrangige Spezialregelung 41

 II. Wichtiger Grund 42

 III. Fristsetzung zur Abhilfe oder Abmahnung 43

 IV. Kein Ausschluss des Kündigungsrechts 43

 B. Kündigungserklärung 43

 C. Rechtsfolgen der Kündigung 43

7. Abschnitt: Einreden 44

 A. Einrede aus § 320 45

 I. Voraussetzungen 45

 1. Geltendmachung eines Anspruchs aus gegenseitigem Vertrag durch den Gläubiger 45

 2. Fälliger durchsetzbarer Gegenanspruch im Gegenseitigkeitsverhältnis 47

 Fall 4: Zug um Zug 47

 3. Vertragstreue des Schuldners 48

 II. Rechtsfolgen 48

 III. Verhältnis zur Rücktrittseinrede aus § 438 Abs. 4 49

 B. Einrede gemäß § 273 Abs. 1 49

 I. Voraussetzungen 49

 1. Gegenseitige Ansprüche 49

 2. Fälliger und durchsetzbarer Gegenanspruch 50

 3. Konnexität 50

 II. Kein Ausschluss des Zurückbehaltungsrechts 51

 Fall 5: Offene Rechnung 51

 III. Rechtsfolgen 52

 C. Sonderfälle des Zurückbehaltungsrechts 54

 D. Unzulässige Rechtsausübung gemäß § 242 54

2. Teil: Störung der Geschäftsgrundlage, § 313 56

1. Abschnitt: Anwendbarkeit 57

 A. Vorrang vertraglicher Vereinbarungen 57

 B. Vorrangige Spezialregelungen 57

 C. Verhältnis zur Anfechtung 58

 D. Verhältnis zu § 275 59

 E. Verhältnis zu § 812 Abs. 1 S. 2 Alt. 2 59

2. Abschnitt: Voraussetzungen 60

 A. Störung der Geschäftsgrundlage (§ 313 Abs. 1) 60

 I. Bestimmte Umstände sind zur Grundlage des Vertrags geworden 60

 II. Schwerwiegende Änderung 61

 III. Festhalten am unveränderten Vertrag unzumutbar 61

 Fall 6: Kaltes Café 62

 B. Störung der anfänglichen (subjektiven) Geschäftsgrundlage 63

- 3. Abschnitt: Rechtsfolgen 63
 - A. Vertragsanpassung 63
 - B. Rücktritt vom Vertrag 64
 - C. Kündigung des Vertrags 64
- 4. Abschnitt: Typische Anwendungsfälle des § 313 65
 - A. Zweckstörung 65
 - Fall 7: De Zoch kütt – nicht 65
 - B. Äquivalenzstörung 67
 - Fall 8: Bisschen Schwund ist immer 67
 - C. Gemeinsamer Irrtum 69
 - I. „Offener“ (externer) Kalkulationsirrtum 69
 - II. Irrtum über künftige Umstände 70
 - Fall 9: Billiger Bauernhof 70
 - D. Leasing 71
 - Fall 10: Mangelhafter Mazda 71
- Zusammenfassende Übersicht: Störung der Geschäftsgrundlage, § 313 74

3. Teil: Verbraucherschutz 75

- 1. Abschnitt: Grundbegriffe des Verbraucherrechts 76
 - A. Verbraucher 76
 - I. Natürliche Person 76
 - 1. Einordnung von OHG, KG und Partnerschaftsgesellschaften 76
 - 2. Einordnung von GbR und Wohnungseigentümergeinschaft 77
 - II. Zweck des Rechtsgeschäfts 78
 - 1. Maßgebliche Kriterien für die Zuordnung der Zweckbestimmung 78
 - 2. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Zuordnung des Zwecks 78
 - 3. Beweislast 78
 - III. Problemfälle der Abgrenzung 79
 - 1. Existenzgründer 79
 - 2. Doppelte Zweckbestimmung („dual use“) 79
 - 3. Arbeitnehmer als Verbraucher 80
 - 4. Gesellschafter und Geschäftsführer einer GmbH 80
 - 5. Vertretung des Verbrauchers durch einen Unternehmer 81
 - B. Unternehmer 81
 - I. Natürliche oder juristische Person in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbstständigen beruflichen Tätigkeit 81
 - II. Rechtsfähige Personengesellschaft in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbstständigen beruflichen Tätigkeit 82
- 2. Abschnitt: Anwendungsbereich und Grundsätze des Verbraucherrechts 82
 - A. Anwendungsbereich der §§ 312 ff. 82
 - I. Verbraucherverträge i.S.d. § 312 Abs. 1 82
 - II. Ausnahmetatbestände 84
 - 1. Ausnahmen nach Abs. 2 84
 - 2. Ausnahmen nach Abs. 3–7 84

B. Grundsätze bei Verbraucherverträgen	86
I. Informationspflichten bei telefonischer Kontaktaufnahme	86
II. Informationspflichten für den stationären Handel	86
III. Grenzen der Vereinbarung von Entgelten	87
1. Entgelte für Nebenleistungen	87
2. Entgelte für die Nutzung bestimmter Zahlungsmittel	88
3. Entgelte für telefonische Auskünfte zur Vertragsabwicklung	88
4. Keine Unwirksamkeit des Vertrages im Übrigen	89
3. Abschnitt: Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene	
Verträge und Fernabsatzverträge	90
A. Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge	90
I. Schutzzweck	90
II. Anwendungsbereich	90
1. Verbrauchervertrag gemäß § 312 Abs. 1	91
2. Ausnahmetatbestände	91
III. Besondere Voraussetzungen gemäß § 312 b	91
1. Geschäftsräume	91
2. Vertragsschluss außerhalb von Geschäftsräumen	92
3. Vertragsangebot des Verbrauchers außerhalb von Geschäftsräumen	92
4. Vertragsschluss nach persönlicher Ansprache des Verbrauchers	93
5. Vertragsschluss auf einem Ausflug	93
IV. Besonderer Gerichtsstand für Außergeschäftsraumverträge	93
B. Fernabsatzverträge	94
I. Schutzzweck	94
II. Anwendungsbereich	95
1. Verbrauchervertrag gemäß § 312 Abs. 1	95
2. Ausnahmetatbestände	96
III. Besondere Voraussetzungen gemäß § 312 c	96
1. Ausschließliche Verwendung von Fernkommunikationsmitteln	96
2. Organisiertes Vertriebs- oder Dienstleistungssystem	97
IV. Konkurrenzen	98
C. Informations- und Dokumentationspflichten für Außergeschäftsraum-	
verträge und Fernabsatzverträge	99
I. Informationspflichten des Unternehmers i.V.m. Art. 246 a EGBGB	99
1. Inhalt der Informationen	99
2. Formale Anforderungen	100
II. Informationspflichten des Unternehmers i.V.m. Art. 246 b EGBGB	101
1. Inhalt der Informationen	101
2. Formale Anforderungen	101
III. Dokumentationspflichten gemäß § 312 f	102
1. Dokumentationspflichten für Außergeschäftsraumverträge	102
2. Dokumentationspflichten für Fernabsatzverträge	103
3. Dokumentationspflichten für digitale Daten	103
IV. Sanktionen bei Verletzung der Informations- oder Dokumentations-	
pflichten	104

- 1. Verletzung der Informationspflichten gemäß § 312 d Abs. 1 und 2104
 - 2. Verletzung der Dokumentationspflichten gemäß § 312 f105
- D. Einräumung eines Widerrufsrechts gemäß § 312 g105
- E. Widerruf eines neuen nach Kündigung eines bestehenden Dauerschuld-
verhältnisses, § 312 h107
 - I. Zweck der Regelung107
 - II. Fallgruppen und Rechtsfolgen107
- 4. Abschnitt: Besondere Regelungen für den elektronischen
Geschäftsverkehr108**
 - A. Schutzzweck108
 - B. Vertrag im elektronischen Geschäftsverkehr108
 - C. Allgemeine Pflichten des Unternehmers im elektronischen Geschäfts-
verkehr, § 312 i110
 - I. Anwendungsbereich110
 - II. Pflichten des Unternehmers gemäß § 312 i Abs. 1110
 - 1. Zurverfügungstellung von Korrekturmöglichkeiten110
 - 2. Informationspflichten i.V.m. Art. 246 c EGBGB110
 - 3. Zugangsbestätigung111
 - Fall 11: Geiz ist geil111
 - 4. Verschaffung einer Abruf- und Speicherungsmöglichkeit115
 - III. Ausnahmen und Abdingbarkeit115
 - 1. Ausnahmen115
 - 2. Abdingbarkeit115
 - IV. Rechtsfolgen der Verletzung der Pflichten aus § 312 i Abs. 1115
 - 1. Anfechtung116
 - 2. Schadensersatz- und Unterlassungsansprüche116
 - 3. Kein Hinausschieben des Beginns der Widerrufsfrist116
 - V. Weitergehende Informationspflichten116
 - D. Besondere Pflichten des Unternehmers im elektronischen Geschäfts-
verkehr mit Verbrauchern, § 312 j116
 - I. Anwendungsbereich117
 - II. Pflichten des Unternehmers gemäß § 312 j Abs. 1117
 - III. Informationspflichten gemäß § 312 j Abs. 2118
 - 1. Inhalt der Information118
 - 2. Formale Anforderungen118
 - IV. Anforderungen an die Bestellsituation gemäß § 312 j Abs. 3 und
Rechtsfolge bei Nichtbeachtung nach § 312 j Abs. 4118
 - 1. Anforderungen an die Bestellsituation119
 - 2. Rechtsfolge bei Nichtbeachtung der Anforderungen119
 - V. Ausnahmen gemäß § 312 j Abs. 5120
- 5. Abschnitt: Widerrufsrecht bei Verbraucherverträgen120**
 - A. Schutzzweck und Struktur120
 - B. Anwendungsbereich121
 - Fall 12: Bereute Bürgschaft122
 - C. Widerrufserklärung123

D. Widerrufsfrist	124
E. Rechtsfolgen des Widerrufs	127
I. Allgemeine Regelungen	127
II. Besondere Regelungen für Außergeschäftsraumverträge und Fernabsatzverträge	128
1. Rückgewähr der Leistungen	128
2. Rückgewähr der Lieferkosten	128
3. Rückzahlung mit demselben Zahlungsmittel	128
4. Zurückbehaltungsrecht beim Verbrauchsgüterkauf	129
5. Kosten der Rücksendung	129
6. Wertersatzanspruch des Unternehmers	130
a) Wertersatz bei Waren	130
b) Wertersatz bei Dienstleistungen und Energielieferungen	132
III. Besondere Regelungen für Verträge über Finanzdienstleistungen	132
1. Rückgewähr der Leistungen	132
2. Wertersatz bei Außergeschäftsraum- und Fernabsatzverträgen	133
3. Wertersatz bei Verbraucherdarlehensverträgen	133
IV. Besondere Regelungen für Teilzeit-Wohnrechteverträge sowie für Verträge über ein langfristiges Urlaubsprodukt, Vermittlungsverträge und Tauschsystemverträge	134
V. Besondere Regelungen für Ratenlieferungsverträge	134
VI. Besondere Regelungen für Verbraucherbauverträge	134
VII. Weitergehende Ansprüche und abweichende Vereinbarungen	135
Fall 13: Doppelt hält besser	135
6. Abschnitt: Verbundene Verträge	139
A. Voraussetzungen	140
I. Finanzierungszweck	140
II. Wirtschaftliche Einheit	141
1. Allgemeine Voraussetzungen	141
2. Besondere Voraussetzungen für Immobiliendarlehensverträge	142
B. Rechtsfolgen	142
I. Widerrufsdurchgriff	142
1. Widerruf des finanzierten Vertrags, § 358 Abs. 1	143
2. Widerruf des Darlehensvertrags, § 358 Abs. 2	143
Fall 14: Knapp daneben	144
3. Rechtsfolgen des § 358 Abs. 4 S. 5	146
II. Einwendungs- und Rückforderungsdurchgriff	147
Fall 15: Klammer Käufer	148
III. Einschränkungen für den Erwerb von Finanzinstrumenten	150
IV. Entsprechende Anwendung auf zusammenhängende Verträge	151
1. Voraussetzungen	151
a) Allgemeine Voraussetzungen	151
b) Ergänzung für Darlehensverträge	151
2. Rechtsfolge	152
■ Zusammenfassende Übersicht: Verbraucherschutz	153

4. Teil: Beteiligung Dritter an Schuldverhältnissen	155
1. Abschnitt: (Echter) Vertrag zugunsten Dritter, §§ 328 ff.	155
A. Rechtsverhältnisse zwischen den Beteiligten	156
I. Deckungsverhältnis	156
1. Eigenes Forderungsrecht des Dritten	156
2. Zeitpunkt des Rechtserwerbs	157
3. Widerrufsmöglichkeit	158
II. Valutaverhältnis	158
III. Vollzugsverhältnis	158
B. Leistungsstörungen im Deckungsverhältnis	159
I. Rechte des Dritten gegen den Versprechenden	159
II. Rechte des Versprechensempfängers gegen den Versprechenden	159
III. Rechte des Versprechenden	160
C. Einwendungen des Versprechenden gegen den Dritten, § 334	160
D. Bereicherungsrechtliche Rückabwicklung	161
E. Vertrag zugunsten Dritter auf den Todesfall, §§ 328, 331	162
Fall 16: Lebensversicherung für die Geliebte	162
F. Abgrenzung	166
I. Stellvertretung	166
II. Abtretung	167
III. Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	167
G. Verfügung zugunsten Dritter	167
I. Verfügungsgeschäfte über Sachen im Sachenrecht	167
II. Verfügungsgeschäfte über Forderungen im Schuldrecht	168
■ Zusammenfassende Übersicht: Vertrag zugunsten Dritter	169
2. Abschnitt: Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	170
A. Voraussetzungen	171
I. Leistungsnähe	171
II. Einbeziehungsinteresse des Gläubigers	172
III. Erkennbarkeit für den Schuldner	173
IV. Schutzbedürftigkeit des Dritten	173
Fall 17: Pferdegutachten	174
B. Rechtsfolgen	178
Fall 18: Unverschlossene Rauchrohröffnung	178
■ Zusammenfassende Übersicht: Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	181
3. Abschnitt: Drittschadensliquidation	182
A. Tatbestand und Fallgruppen	182
I. Obligatorische Gefahrentlastung	183
1. Versendungskauf, § 447 Abs. 1	183
2. Werkuntergang vor Abnahme, § 644 Abs. 1 S. 1	184
3. Vereinbarung zwischen Gläubiger und Drittem	185
4. Vermächtnis	185
II. Verdeckte (mittelbare) „Stellvertretung“	185

III. Treuhandverhältnisse	186
IV. Obhutsfälle	186
B. Rechtsfolge und Prüfungsaufbau	187
C. Abgrenzung Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter und Drittschadensliquidation	188
■ Zusammenfassende Übersicht: Drittschadensliquidation	189
4. Abschnitt: Abtretung, Sicherungsabtretung, cessio legis	190
A. Abtretung (Zession), §§ 398 ff.	191
I. Voraussetzungen, § 398 S. 1	191
1. Einigung (Abtretungsvertrag)	191
a) Grundsatz der Formfreiheit	191
b) Bestimmbarkeit	191
c) Keine Nichtigkeitsgründe	192
aa) Verletzung von Privatgeheimnissen, § 134 i.V.m. § 203 StGB	192
bb) Verbotene Rechtsdienstleistung, § 134 i.V.m. § 3 RDG; Inkassozeession und Factoring	193
cc) Sonstiges	195
2. Kein Publizitätsakt	195
3. Berechtigung	195
a) Zedent ist Forderungsinhaber	195
b) Keine Verfügungsbeschränkung und kein Verfügungsverbot	196
aa) Allgemeine Regelungen für alle Gegenstände	196
bb) Spezielle Regelungen für Forderungen bzw. andere Rechte	196
c) Ermächtigung kraft Gesetzes oder gemäß § 185 Abs. 1	198
d) Überwindung der fehlenden Berechtigung, §§ 185 Abs. 2 und 405	198
II. Rechtsfolgen	199
1. Forderung geht auf Zessionar über (Gläubigerwechsel), § 398 S. 2	199
2. Leistungstörungen	200
3. Übergang von Neben- und Vorzugsrechten, § 401	200
4. Schutz des Schuldners	201
a) Einwendungen und Einreden des Schuldners, § 404	201
b) Aufrechnung gegenüber dem Zessionar, § 406	202
c) Rechtshandlungen gegenüber dem Zedenten, § 407 Abs. 1	204
Fall 19: Der nichtsahnende Schuldner	204
d) Wirkung rechtskräftiger Urteile, § 407 Abs. 2 und §§ 265, 325 ZPO	205
e) Erweiterter Schuldnerschutz nach § 354 a Abs. 1 S. 2 HGB	206
f) Mehrfache Abtretung/Überweisung, §§ 408, 407	207
g) Abtretungsanzeige und Abtretungsurkunde, § 409	207
B. Einziehung durch Dritte: Stellvertretung oder Ermächtigungen	207
C. Gesetzlicher Forderungsübergang (cessio legis)	208
D. Sicherungsabtretung (Sicherungszeession)	208
I. Beteiligte Personen und Rechtsverhältnisse	210
II. Sicherungsvertrag	210
1. Mindestinhalt	211

- 2. Ermessensunabhängiger Freigabeanspruch bei nachträglicher
Übersicherung212
 - a) Nachträgliche Übersicherung212
 - b) Unwirksamkeit entgegenstehender AGB, § 307213
 - III. Unwirksamkeit der Sicherungsabtretung nach § 138 Abs. 1214
 - 1. Anfängliche Übersicherung214
 - 2. Knebelung215
 - 3. Verleitung zum Vertragsbruch215
 - Fall 20: Kollision von Globalzession und verlängertem Eigentums-
vorbehalt216
- Zusammenfassende Übersicht: Abtretung218
- 5. Abschnitt: Schuld-, Erfüllungs- und Vertragsübernahme220**
 - A. Schuldübernahme220
 - I. Privative (befreiende) Schuldübernahme, §§ 414–418220
 - 1. Voraussetzungen220
 - a) Vertrag zwischen Gläubiger und neuem Schuldner, § 414221
 - b) Genehmigter Vertrag zwischen altem und neuem Schuldner,
§§ 415, 416221
 - 2. Rechtsfolgen222
 - 3. Einwendungen und Einreden223
 - 4. Gestaltungsrechte224
 - II. Schuldbeitritt/kumulative Schuldübernahme225
 - 1. Abgrenzung: Schuldbeitritt, Bürgschaft oder eigene Schuld225
 - 2. Voraussetzungen226
 - 3. Rechtsfolge227
 - B. Erfüllungsübernahme227
 - C. Vertragsübernahme227
 - I. Rechtsgeschäftliche Vertragsübernahme228
 - II. Gesetzliche Vertragsübernahme228
- Zusammenfassende Übersicht: Privative (befreiende) Schuldübernahme,
§§ 414 ff.229

- 5. Teil: Mehrheit von Gläubigern und Schuldern230**
- 1. Abschnitt: Gläubigermehrheiten230**
 - A. Teilgläubigerschaft, § 420 Var. 2230
 - B. Gesamtgläubigerschaft, § 428231
 - C. Gemeinschaftliche Gläubigerschaft, § 432232
- 2. Abschnitt: Schuldnermehrheiten233**
 - A. Teilschuldnerschaft, § 420 Var. 1233
 - B. Gemeinschaftliche Schuldnerschaft234
 - Fall 21: ... und Gerechtigkeit für alle234
 - C. Gesamtschuldnerschaft, §§ 421 ff.235
 - I. Entstehen der Gesamtschuld durch Spezialgesetz oder Vertrag236
 - II. Entstehen der Gesamtschuld in sonstigen Fällen, § 421 S. 1236

1. Schulden mehrere	236
2. Eine Leistung	237
3. Jeder die ganze Leistung	237
4. Gläubiger nur einmal forderungsberechtigt	237
5. Gleichstufigkeit (h.M.)	238
a) Nicht: bei der cessio legis	238
b) Nicht: in den Fällen des § 255	239
c) Gleichstufigkeit nicht erforderlich (a.A.)	240
III. Rechtsfolgen	240
1. Außenverhältnis zwischen Gläubiger und Gesamtschuldnern	240
2. Innenverhältnis zwischen den einzelnen Gesamtschuldnern	242
a) Selbstständiger Ausgleichsanspruch, § 426 Abs. 1 S. 1	243
aa) Höhe des Anspruchs	243
bb) Grundsatz: Teilschuldner; Ausnahme: Haftungseinheit	244
b) Forderungsübergang, § 426 Abs. 2	245
Fall 22: Tückische Verjährung	246
3. Sonderfall: Ausgleich zwischen Mitbürgen, §§ 774 Abs. 2, 426	248
Fall 23: Wenn Bürgen Bürgen würgen	248
4. Sonderfall: Ausgleich zwischen einem Bürgen und einem anderen Sicherungsgeber	249
a) Bürgschaft und akzessorische Sicherheit: Wettlauf der Sicherungsgeber	250
b) Bürgschaft und abstrakte Sicherheit: „Stillstand der Sicherungsgeber“	251
c) Anteiliger Ausgleich nach abstraktem Haftungsrisiko	251
IV. Gestörte Gesamtschuld	252
1. Lösungsmodelle	253
2. Wahl des Lösungsmodells nach den schutzwürdigen Interessen	254
a) Vertragliche Haftungsbeschränkungen	254
Fall 24: Die dachlose Jugendherberge	255
b) Gesetzliche Haftungsbeschränkungen	258
aa) Unfallversicherung und Arbeitnehmerhaftung	258
Fall 25: Der Sturz vom Baugerüst	259
bb) Haftung für eigenübliche Sorgfalt i.S.d. § 277	261
Fall 26: Kinderspielplatz	262
■ Zusammenfassende Übersicht: Gesamtschuld	265
Stichwortverzeichnis	267